

Nachbetrachtung

Beratung und Beschlussfassung einer Resolution gegen Bau und Förderung von LNG (*Liquified Natural Gas*) -Terminals und gegen die Einfuhr von Erdgas aus Frackingförderung.

Zur Kreistagssitzung am 24.5.2019 hatte die SPD-Fraktion den Antrag eingebracht, der nordfriesische Kreistag möge sich mit einer Resolution an Bundes- und Landesregierung gegen den Bau und die finanzielle Förderung eines LNG- (LNG: *Liquified Natural Gas*) Terminals am Standort Brunsbüttel und die Einführung von Frackinggas aussprechen.

Die Resolution forderte im Einzelnen:

- keine Finanzierung einer LNG-Infrastruktur mit öffentlichen Mitteln,
- keine Mitfinanzierung durch die Gaskunden,
- keine Einführung von Frackinggas und
- Verwendung aller Ressourcen für Bemühungen zur Energieeinsparung und zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Zur weiteren Begründung siehe Presseerklärung vom 24.05.2019

<https://spdnordfriesland.de/kein-frackinggas-durch-die-hintertuer-amerikanischer-lng-einfuehren/>)

Grundsätzlich ist festzustellen, dass Erdgas nicht grün und nicht klimafreundlich ist. Im günstigsten Fall können mit Erdgas, im Vergleich zum Einsatz von Kohle, die klimaschädlichen Immissionen um 20% reduziert werden. Wenn allerdings das Erdgas aus Frackingförderung kommt, ist es mindestens so klimaschädlich wie Kohle und garantiert kein Beitrag zu nachhaltiger Wirtschaftsweise.

Einerseits ist es das erklärte Ziel des Kreises Nordfriesland klimafreundlichster Kreis werden zu wollen und alles Handeln im besonderen Maße auf Nachhaltigkeit auszurichten. Andererseits ließ zudem ein aktueller Landesparteitagsbeschluss von Bündnis 90/Die Grünen erwarten, dass im Kreistag eine große Mehrheit den Resolutionsantrag der SPD unterstützen würde.

Der Beschluss des Landesparteitages der Grünen vom 24.3.2019 hat u.a. folgende Inhalte:

- In Brunsbüttel wird eine Anlage geplant mit dem Schwerpunkt der Einspeisung des Gases in das Gasnetz. Dies wird kritisch gesehen, weil nicht erkennbar ist wie das mit den Klimaschutzziele in Einklang zu bringen ist.
- Eine finanzielle Förderung durch das Land wird abgelehnt
- Fracking wird abgelehnt.

Leider kam es im nordfriesischen Kreistag anders. In namentlicher Abstimmung wurde mit den Stimmen von CDU, Grünen, FDP und AfD der Resolutionsantrag der SPD abgelehnt. Von den Grünen Abgeordneten enthielt sich eine Abgeordnete der Stimme.

Alternativ wurde mit den Stimmen der Jamaikakoalition eine Resolution beschlossen, die:

- empfiehlt die Lieferung von Frackinggas abzulehnen,
- den Bau eines Einfuhrterminals in Brunsbüttel aus wirtschaftsförderungsgründen unterstützt,
- und LNG als Übergangstechnologie zur emissionsarmen Versorgung von Schiffen und LKW's bezeichnet.

In der Begründung des Jamaikaantrages und der Debatte zum SPD-Antrag wurden von den Jamaikafraktionen folgende Argumente vorgetragen:

- bei dem Einsatz von Flüssiggas und insgesamt dem verstärkten Einsatz der fossilen Energie Erdgas handelt es sich um eine Brückentechnologie und somit um einen zeitlich befristeten Einsatz,
- es ist nicht belegbar ob oder zu welchen Anteilen in Brunsbüttel Frackinggas angelandet werden wird,
- der Bau des Terminals in Brunsbüttel stellt eine große Chance für die Wirtschaft und für Arbeitsplätze im Raum Unterelbe dar
- wegen dieser wirtschaftspolitischen Betroffenheit der Region ist es nicht statthaft, dass der nordfriesische Kreistag sich überhaupt zu dem Thema äußert und
- der Terminal soll die Umstellung von Schiffsantrieben von Schweröl auf Flüssiggas ermöglichen und damit den Einsatz des besonders schmutzigen Schweröls beenden.

Zu jedem der vorstehenden Argumente gibt es überzeugende Gegenargumente:

- In der Debatte um die zukünftige Rolle des Erdgases in unserer Energiepolitik geht es nicht primär um die Frage, ob Frackinggas genauso umweltschädlich ist wie Kohle oder einige Prozente besser oder schlechter. Es geht vielmehr darum, dass auf dem Weg zur Klimaneutralität Erdgas keine Brückentechnologie darstellt, sondern eine Sackgasse. Schmutzige Kohle durch schmutziges Erdgas zu ersetzen ist ein Taschenspielertrick, mit dem so getan wird, als würde man handeln und als würde es in die richtige Richtung geschehen. Damit werden notwendige und mögliche zielgerichtete Schritte verhindert und genau das ist das Hauptärgernis an diesem Thema.

Zudem ist es völlig unglaubwürdig, dass private Unternehmen in Milliardenhöhe in eine Technik investieren, die nur wenige Jahre genutzt werden soll oder kann. Die Abschreibungsdauer der Infrastruktur, die jetzt aufgebaut wird beträgt im Normalfall 30 bis 50 Jahre.

- Der Terminal wird auch aufgrund von politischem Druck aus den USA gebaut. Dank Fracking sind die USA Exportnation und es ist unstrittig, dass sie ihr Gas verkaufen wollen. Erdgas aus den USA ist zu 90 % Frackinggas. Weltweit gehen die Vorräte von Erdgas, die konventionell gefördert werden können, sehr schnell zur Neige. Dagegen gibt es aber riesige Vorräte, die mit Frackingförderung erschlossen werden können. Aus diesem Grunde liegt es auf der Hand, dass zukünftig der Weltmarkt von Frackinggas beherrscht werden wird und

naturgemäß dieses Gas dann in Brunsbüttel ankommt.

- Das Argument der Wirtschaftsförderung für den Untereiberbaum stimmt. Mit dem gleichen Argument kann man z. B. in Deutschland weiter Kohle abbauen oder in Nachbarstaaten Atomkraftwerke bauen. **Es geht aber bei diesem Thema nicht um Wirtschaftsförderung, sondern um Klimaschutz.** Das Klima ist weltweit nicht teilbar. Es gibt kein dithmarscher und kein nordfriesisches Klima. Das Argument Wirtschaftsförderung und Arbeitsplätze zählt deshalb nicht und da das Frackinggas auch in den Erdgasleitungen in Nordfriesland ankommen wird, sind wir nicht nur über das gemeinsame Klima, sondern auch direkt als zukünftige Verbraucher/Anwender einer klimaschädlichen und nicht nachhaltigen Technologie direkt betroffen.
- In der Rechtfertigungsargumentation für LNG-Einfuhr wird regelmäßig erklärt Flüssiggas würde benötigt um im Schiffsverkehr das besonders schmutzige Schweröl zu ersetzen. Diese Argumentation hinkt an 3 Stellen:
 1. Schweröl kann man auch durch Marinediesel und Motoren mit Abgasfiltern und Katalysatoren mit mindestens gleichwertige Klimawirkung ersetzen,
 2. die Kapazität des für Brunsbüttel geplanten Terminals ist um ein Vielfaches größer als das, was auf lange, evtl. unbegrenzte Sicht vorbeifahrende Schiffe an einer Tankstelle in Brunsbüttel aufnehmen können. Das eingeführte Gas wird somit zu überwiegenden Anteilen wieder verdampft, ins Erdgasnetz eingespeist und dann auch von den privaten Haushalten in Nordfriesland genutzt.
 3. Ein Terminal ist aus EU-Wettbewerbsgründen diskriminierungsfrei zu betreiben. LNG Einfuhr kann weder auf bestimmte Herkünfte noch auf bestimmte Verwendungen beschränkt werden.

Als Fazit muss leider festgestellt werden, dass die Jamaikamehrheit des nordfriesischen Kreistages mit ihrer **ausdrücklichen Unterstützung** des Baues eines LNG-Terminals der Einfuhr von Frackinggas ein Tor öffnet und damit die Voraussetzungen schafft für einen jahrzehntelangen Einsatz einer reichlich vorhandenen fossilen Energie. Alle Erklärungen zu gewollter Energiewende und Klimaneutralität entpuppen sich damit als wertlose Lippenbekenntnisse. Damit muss auch die Tatsache, dass die Jamaikalandesregierung es nicht schafft (oder es vielleicht nicht will, denn es gibt ja LNG) den Stopp beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein zu beenden, in einem neuen Licht betrachtet werden.

T. Nissen

Fraktionsvorsitzender